

K O M M U N I Q U E

der Konferenz der Außenminister der Teilnehmerstaaten des
Warschauer Vertrages und der Volksrepublik China

Am 27. und 28. April 1959 fand in Warschau eine Außen-
ministerkonferenz der Teilnehmerstaaten des Warschauer Ver-
trages und der Volksrepublik China statt. An der Konferenz
nahmen teil:

- von der Volksrepublik Albanien -
- von der Volksrepublik Bulgarien -
- von der Ungarischen Volksrepublik -
- von der Deutschen Demokratischen Republik -
- von der Volksrepublik China -
- von der Volksrepublik Polen -
- von der Römischen Volksrepublik -
- von der Union der Sozialistischen
Sowjetrepubliken -
- von der Tschechoslowakischen Republik -

Auf der Konferenz wurde ein Meinungsaustausch im Zusammen-
hang mit den in Genuf bevorstehenden Verhandlungen zwischen den
Staaten des Ostens und des Westens über die Deutschland be-
treffenden Fragen vorgenommen, einschließlich des Friedensver-
trages und der Berliner Frage.

Die Konferenz ergab volle Einmütigkeit in der Einschätzung
der gegenwärtigen internationalen Lage und in der Stellungnahme
zur Lösung der spruchreifen Fragen im Interesse der Festigung
des Friedens und der Gewährleistung der Sicherheit der Völker.

Die Konferenz stellt fest, daß sich als Ergebnis der Bemühungen der friedliebenden Staaten um die Beendigung des "kalten Krieges" und um die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz von Staaten mit verschiedener Gesellschaftsordnung die Aussichten auf eine Milderung der internationalen Spannungen wesentlich verbessert haben.

Die Teilnehmer der Konferenz stellen mit Befriedigung fest, daß als Ergebnis der Verhandlungen mit den Westmächten nunmehr eine Vereinbarung über die Einberufung einer Außenministerkonferenz und einer Gipfelkonferenz erzielt wurde. Die Völker erwarten von diesen Konferenzen solche Lösungen der spruchreifen internationalen Fragen, die die Atmosphäre in den Beziehungen zwischen den Staaten radikal verbessern und eine dringend notwendige Wende in der Entwicklung der internationalen Lage herbeiführen, damit die Bedingungen für ein friedliches und ruhiges Leben der Völker geschaffen werden können.

Die Teilnehmer der Konferenz verleihen ihrer Überzeugung Ausdruck, daß die Annahme vereinbarter Beschlüsse zu den beiden akutesten und wichtigsten Fragen der Gegenwart - zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin - auf der Genfer Außenministerkonferenz der Sache des Friedens in Europa eine sichere Grundlage verleihen würde.

Das Fehlen eines Friedensvertrages mit Deutschland wird von den friedensfeindlichen Kräften dazu mißbraucht, um den deutschen Militarismus wiedererstehen zu lassen und Westdeutschland in die Hauptbasis der NATO für Atom- und Raketenwaffen zu verwandeln.

Die Aufrechterhaltung der Reste des Besatzungsregimes in Westberlin schafft dort einen ständigen Herd der Spannungen und Konflikte. Jeder weitere Aufschub der Friedensregelung mit Deutschland wie auch der Lösung der Berliner Frage kann lediglich die Kriegsgefahr in Europa verstärken.

Die Teilnehmerstaaten der Außenministerkonferenz billigen und unterstützen einstimmig die Vorschläge der Sowjetunion zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland und zur Liquidierung des Besatzungsregimes in Westberlin.

Der sowjetische Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland sichert die völlige Wiederherstellung der Souveränität des deutschen Volkes, die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für eine friedliche demokratische Entwicklung Deutschlands und bietet zuverlässige Garantien für die Sicherheit der europäischen Völker. Die friedensvertragliche Regelung mit Deutschland wäre ein wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage. Dem Friedensvertrag zufolge würden beide deutsche Staaten die gleichen militärisch-politischen Verpflichtungen übernehmen, was eine gute Ausgangsbasis für die Annäherung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik wäre.

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit Deutschland würde dem Besatzungsregime in Westberlin ein Ende bereiten.

Die auf der Konferenz vertretenen Staaten sind der Auffassung, daß die richtigste Lösung der Berliner Frage unter den gegenwärtigen Bedingungen darin bestehen würde, Westberlin den Status einer Freien Stadt zu verleihen, deren Sicherheit und deren ungehinderte Verbindungen mit der Außenwelt von den Großmächten unter Beteiligung der Organisation der Vereinten

Nationen garantiert werden könnten. Sie gehen davon aus, daß es beim guten Willen aller interessierten Staaten möglich sein wird, ein Abkommen über wirksame Garantien zu treffen, die die Entwicklung der Freien Stadt Westberlin als unabhängige politische Einheit, in deren Angelegenheiten sich kein Staat einmischen darf, gewährleisten.

Die Teilnehmer der Konferenz stellen fest, daß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik zu den Bemühungen um eine Regelung der Berliner Frage einen großen Beitrag geleistet hat. Sie begrüßen die Bereitschaft der DDR, den Status einer Freien Stadt Westberlin in vollem Umfang zu achten und alle Garantien für deren Sicherheit zu berücksichtigen.

Besorgung verdient die Tatsache, daß die Regierungen der USA, der Deutschen Bundesrepublik, Italiens und einiger anderer Mitgliedstaaten der NATO in aller Eile Maßnahmen treffen, um auf dem Territorium der europäischen NATO-Staaten amerikanische Raketen- und Atomwaffenstützpunkte zu errichten. Besonders hinzuweisen werden muß in dieser Beziehung auf den gefährlichen Kurs der Regierung der Deutschen Bundesrepublik, die gegenwärtig in rekordrascher Tempo die Ausrüstung der westdeutschen Armee mit Kern- und Raketenwaffen betreibt. Eine ernsthafte Gefahr für die Sicherheit der westeuropäischen Länder ist die Errichtung von militärischen Stützpunkten und Depots der Bundeswehr auf ihrem Territorium.

Nach alledem zu urteilen, gibt es Bestrebungen, die in einer bevorstehenden Konferenz von Vertretern des Ostens und des Westens vor vollzogene Tatsachen zu stellen.

Die Teilnehmerstaaten der Konferenz verurteilen einstimmig eine solche Politik, die auf eine Komplizierung der Lage und

auf die Fortsetzung der bankrotten "Politik der Stärke" abzielt. Die Teilnehmerstaaten der NATO, die so handeln, leisten der Sache des Friedens im allgemeinen und der Schaffung einer günstigen Atmosphäre für die in Genf bevorstehenden internationalen Verhandlungen im besonderen einen schlechten Dienst. Es versteht sich von selbst, daß die Regierungen dieser Länder mit solchen Handlungen und mit einer solchen Politik eine schwere Verantwortung auf sich nehmen.

Die Außenminister sind der Auffassung, daß die Versuche, die Erörterung solcher dringlichen Probleme wie der friedensvertraglichen Regelung mit Deutschland und Westberlins mit anderen Problemen - wie etwa mit der Vereinigung Deutschlands - zu verbinden, der erfolgreichen Arbeit der Genfer Konferenz keinesfalls förderlich sein können. Da gegenwärtig auf dem Territorium Deutschlands zwei selbständige deutsche Staaten existieren, ist die Wiedervereinigung Deutschlands ein innerdeutsches Problem, das nur von den Deutschen selbst durch die Annäherung und Verständigung zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik ohne jede Einmischung von außen gelöst werden kann.

Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland sowie die Regelung der Berliner Frage dürfen auch nicht von der Lösung des Problems der europäischen Sicherheit abhängig gemacht werden. Jede dieser Fragen ist schon für sich genommen kompliziert, und wer sie alle zu einem Knoten verflacht, ist offensichtlich bestrebt, die Annahme vereinbarter Beschlüsse sowohl in den Fragen des Friedensvertrages mit Deutschland und Westberlins als auch in den Fragen der europäischen Sicherheit zu erschweren.

Die Teilnehmer der Konferenz sind überzeugt, daß die erfolgreiche Vorbereitung eines Friedensvertrages die aktive Mitarbeit der Vertreter jener Länder verlangt, die Opfer der Aggression Hitlerdeutschlands waren. Sie sind der Ansicht, daß an der Außenministerkonferenz in Genf und an der Konferenz auf höchster Ebene von Anfang an Polen und die Tschechoslowakei teilnehmen müssen, als Nachbarstaaten Deutschlands, die die ersten Opfer der Hitlerschen Aggression waren und die mit ihren Streitkräften einen wichtigen Beitrag zur Zerschlagung des gemeinsamen Feindes geleistet haben.

Die auf der Außenministerkonferenz vertretenen Staaten begrüßen die Teilnahme von Vertretern der Deutschen Demokratischen Republik und der Deutschen Bundesrepublik an den Genfer Verhandlungen. Sie sind der Auffassung, daß die Vertreter dieser beiden deutschen Staaten das Recht haben, einen gebührenden Platz am Verhandlungstisch einzunehmen.

Die Teilnehmer der Konferenz verleihen der Hoffnung Ausdruck, daß alle Staaten, die auf der Konferenz in Genf vertreten sein werden, alle Anstrengungen unternehmen, um den Erfolg dieser Konferenz zu gewährleisten. Sie erklären ihrerseits, daß ihre Regierungen bereit sind, alles in ihren Kräften stehende zu tun, um den Erfolg dieser Verhandlungen zu sichern. Sie appellieren an die Regierungen der Großmächte und aller europäischen Staaten, jegliche Handlungen zu unterlassen, die zu einer Verschärfung der Lage in Europa führen und die sich abzeichnenden Ansichten auf eine Lösung der strittigen Fragen durch Verhandlungen zwischen Ost und West gefährden könnten.

Die Regierungen der Volksrepublik Albanien, der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik China, der Volksrepublik Polen, der Rumänischen Volksrepublik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Republik werden den Kampf für die Sache des Friedens in der ganzen Welt unbeirrt fortführen, überzeugt davon, daß sie in diesem Kampf die Unterstützung der Völker der ganzen Welt finden, die sich gegen die Gefahr eines neuen Krieges wenden. Sie sind überzeugt, daß gegenwärtig die Voraussetzungen vorhanden sind, um einen Krieg zu verhindern und einen dauerhaften Frieden auf Erden zu sichern.